

Presseerklärung*)

***)Fußnote: des Deutscher Richterbund NRW vom 24. 4. 2007**

Drastischer Anstieg der Haftentlassungen ist auf Überlastung der Justiz zurückzuführen.

Der Deutsche Richterbund – NRW – widerspricht mit Nachdruck den Äußerungen des Justizministeriums, wonach die Verdoppelung der Haftentlassungen wegen verzögerter Sachbearbeitung in den letzten 4 Jahren nicht auf eine Überlastung der Justiz zurückzuführen sein soll. Das Gegenteil ist der Fall. Richtig ist zwar, dass das BVerfG in den letzten Jahren die Anforderungen zur Untersuchungshaft verschärft hat. Zugleich hat es aber ausgeführt, dass „eine unzureichende Personalausstattung der Justiz nicht zulasten der Beschuldigten gehen dürfe“. Gerade weil das BVerfG damit Verfahrensverzögerungen, die auf mangelnde Personalausstattung zurückzuführen sind, als vermeidbar ansieht, kommt es im Bereich einer personell systematisch über Jahrzehnte vernachlässigten Justiz zu kaum lösbaren Problemen. Dies wird auch in der Verfahrensdauer selbst deutlich: Wurden etwa bei den Amtsgerichten im Jahre 1980 noch 91,7 % der Strafverfahren innerhalb von 6 Monaten erledigt, waren es 2000 noch 87,2 %. Nunmehr allerdings ist mit 82,8% der Verfahren ein historischer Tiefstand erreicht. Bei den Landgerichten erreicht die Justiz mit einer Erledigung von 75 % der Strafverfahren innerhalb 6 Monaten das schlechteste Ergebnis seit 10 Jahren.

Da in der Justiz NW rd. 17 % Richter und 20 % Staatsanwälte fehlen, können die Anforderungen des BVerfG nicht mehr erfüllt werden, ohne zugleich in anderen Bereichen für den Bürger schmerzliche Lücken aufzureißen. Diesen Fehlbestand hat die Regierung des Landes NW anhand eines von einem unabhängigen Wirtschaftsberatungsunternehmen entwickelten Messsystems (PEBB§Y) festgestellt.

Der Vorsitzende des DRB – NRW – Jens Gnisa hierzu:

„Anstatt den Schwarzen Peter für Mängel in der Justiz den Richtern, Staatsanwälten und Justizbediensteten des Landes zuzuschieben, fordern wir von der Landesregierung, uns mit dem notwendigen Personal auszustatten. Die Regierung muss deshalb nun – wie etwa Bayern – umgehend zusätzliche Stellen schaffen“.